

„Es hat Vorteile, die Kirche im Dorf zu lassen“

Sind die Länder nur überflüssige Geldvernichter? Der deutsche Politologe **Wolfgang Renzsch** hat Einwände und bricht – trotz mancher Schwächen – eine Lanze für den Föderalismus.

INTERVIEW: *Gerald John*

STANDARD: *Legt man den österreichischen Maßstab auf die deutsche Einwohnerzahl um, dann hätte die Bundesrepublik 85 statt nur 16 Bundesländer. Sehen Sie einen Sinn, warum ein kleines Land wie Österreich neun Länder braucht?*
Renzsch: Ja, den sehe ich. Selbst in Staaten wie Österreich und Deutschland, die homogener sind als etwa die Schweiz, gibt es regionale Identitäten, die es zu bewahren gilt. Die Tiroler sind genauso wenig Kärntner, wie die Saarländer Berliner sind – und die Menschen wollen Anliegen dezentral und bürgernah vortragen: von der Autozulassung bis zur Schule. Es hat Vorteile, wenn die Kirche im Dorf bleibt. Außerdem haben beide Staaten schlechte Erfahrungen mit zentralisierter Macht. Die eingebauten „checks and balances“ sollte man bewahren.

STANDARD: *Für Bürgernähe sind ja eh die Gemeinden da. Braucht es im Zeitalter des Internets da auch noch die Länder?*

Renzsch: Ich habe in Deutschland im großen Nordrhein-Westfalen ebenso gelebt wie in kleinen Ländern wie Sachsen-Anhalt. Letztere haben den großen Vorteil, dass



Foto: Robert Newald

Der deutsche Politikwissenschaftler Wolfgang Renzsch sieht in der Überlappung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern das große Problem im Föderalismus, das gelte gleichermaßen für Deutschland wie für Österreich. Bei einer Zentralisierung würde allerdings die Bürgernähe leiden.

man kürzere Wege hat, dass man sich kennt. In Nordrhein-Westfalen mit 17 Millionen Einwohnern hingegen war der Weg zu den Verwaltungen recht lang. Zentralisiert man die gesamte Verwaltung in einer Metropole wie Wien, dann entsteht dadurch eine große Bürgerferne. Auch für Wirtschaftsförderung gilt: Vor Ort weiß man einfach besser, was sinnvoll ist.

STANDARD: *Aber braucht es dazu tatsächlich neun Landtage, die eigene Gesetze beschließen?*

Renzsch: Es ist dringend nötig, über die Rolle von Landtagen neu nachzudenken. Tatsächlich ist die Gesetzgebung nicht mehr so bedeutend, dass man professionelle Vollzeitparlamentarier braucht. Allerdings haben sich die Landtage auch andere Tätigkeitsbereiche erobert: Ein ganz wichtiger Bereich, in dem diese mitdiskutieren, ist die Europapolitik.

STANDARD: *Das klingt aber eher nach Beschäftigungstherapie. Hat das irgendwelche Folgen, was Landtage zu den europäischen Themen sagen?*

Renzsch: Ja – und zwar insofern, als die Landesregierung das aufnimmt. Für die Länder sind die Kontakte nach Brüssel außerordentlich wichtig, alle haben eine Vertretung dort. Reden Sie einmal in Magdeburg mit den Beamten: Die erzählen Ihnen, dass Brüssel besser über die Probleme von Sachsen-Anhalt als strukturschwache Region informiert ist als das Wirtschaftsministerium in Berlin. Sachsen-Anhalt bekam zuletzt an Strukturmitteln genauso viel aus Brüssel wie von den anderen deutschen Ländern. Die Landtage haben die Regierungen zu kontrollieren, wie dieses Geld eingesetzt wird, das ist eine wichtige Aufgabe. Aber die Abgeordneten müssten das, was geschieht, kompetent kommunizieren. Daran mangelt es leider vielfach.

STANDARD: *Der Föderalismus führt in Österreich aber zu Blockaden. Eine bundesweit einheitliche Mindestsicherung ist deshalb gescheitert, weil sich die neun, von verschiedenen Parteien regierten Länder nicht einigen konnten. Lähmt das nicht die Politik?*

Renzsch: Natürlich kann Föderalismus zu Blockaden führen, diese Gefahr ist sicherlich ein Nachteil: Föderale Staaten sind langsamer in ihren Entscheidungsprozessen – nicht umsonst spricht man im Fall der Schweiz von der helvetischen Verzögerung. In einer Konsensdemokratie müssen Sie so lange verhandeln, bis alle mitmachen. Das extreme Gegenteil ist Großbritannien, wo der Premierminister für vier Jahre quasi unbeschränkt regieren kann.

STANDARD: *Ist das nicht besser so?*

Renzsch: Das ist eine Abwägungssache. In Großbritannien haben Sie dafür mitunter einen politischen Zickzackkurs, die Schweiz ist viel kontinuierlicher. Reformen sind sehr viel schwieriger, doch dafür werden in föderalen Systemen die verschiedenen Akteure mitgenommen. Es kommt zu Lösungen, die im Endeffekt alle unterschrieben haben. Diese Integrationsleistung darf man nicht unterschätzen.

STANDARD: *Was ist denn aus Ihrer Sicht die Schwäche des österreichischen Systems?*

Renzsch: Die gleiche wie in Deutschland: das Überlappen der Kompetenzen. Die Verantwort-

lichkeiten sind schwer eindeutig zuzuordnen, Sie wissen am Ende nicht, wer zuständig war: der Bundesgesetzgeber oder die Landesverwaltung. Das lädt natürlich auch dazu ein, Verantwortung abzuschieben: Wenn es gut ausgeht, war man es selbst. Wenn es schiefgeht, war es der andere – oder Brüssel.

STANDARD: *Die SPÖ hat die Entflechtung der Kompetenzen sogar zur Koalitionsbedingung erklärt. Kanzler Christian Kern will dazu sogar ein Referendum abhalten.*

Renzsch: Da bin ich gespannt, was dabei rauskommt. Dieser Versuch ist überall gescheitert. Denken Sie an den Österreich-Konvent oder an die Föderalismusreform

in Deutschland: Der Berg hat gekreißt, ein Mäuschen kam heraus.

STANDARD: *Wundert Sie das?*

Renzsch: Nein, das wundert mich gar nicht. Es ist ja niemand bereit, etwas abzugeben. Das funktioniert nur, wenn der Bund zusätzliches Geld zum Verteilen hat und so den Ländern etwas abkaufen kann. Ansonsten sind das Nullsummenspiele. In Deutschland kam beim letzten Versuch sogar das Gegenteil des Erhofften heraus: Die Verflechtungen wurden am Ende noch komplizierter.

WOLFGANG RENZSCH, geboren 1949, ist ein deutscher Politikwissenschaftler und lehrte vor seiner Emeritierung an der Universität Magdeburg.

KURZ GEMELDET

Strache fordert Sicherung der Brenner-Grenze

Wien – FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache wirft der SPÖ-ÖVP-Regierung schwere Versäumnisse in der Flüchtlings- und Asylpolitik sowie ein völliges Scheitern der Integrationspolitik vor. „Die Brenner-Grenze muss sofort gesichert, kontrolliert und geschützt werden“, forderte Strache via Facebook. Schon jetzt kämen täglich Hunderte illegale Migranten mit Zügen über die Grenzen. (red)

Platter bevorzugt Zweierkoalition im Bund

Innsbruck – Tirols Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) bevorzugt nach der Nationalratswahl am 15. Oktober auf Bundesebene eine Zweierkoalition. Mit einer Dreierkoalition könne nicht genauso effizient regiert werden. Gleichzeitig warnte Tirols Landeschef vor einer rot-blauen Regierungszusammenarbeit. Angesichts der Entwicklungen an der italienischen Küste fordert Platter eine „europäische Mission“. Dass Österreich sich auf alle Eventualitäten vorbereitet, sei „verantwortungsvoll und richtig“. (APA)

Landau: „Nicht alles Porzellan zerschlagen“

Wien – Caritas-Präsident Michael Landau appelliert an die wahlwerbenden Parteien, im laufenden Wahlkampf mehr auf sachliche Gelassenheit und weniger auf Emotionalisierung und Populismus zu setzen. „Man sollte nicht alles Porzellan zerschlagen, weil man sonst nach der Wahl nur mehr Scherben hat“, sagte Landau am Sonntag in der ORF-Presserstunde. Von der nächsten Bundesregierung wünscht sich der Caritas-Präsident einen „Pakt für den sozialen Zusammenhalt“. (red)

DU WIRST PATE UND ICH WERDE ÄRZTIN

WWW.SOS-KINDERDORF.AT



SOS KINDERDORF